

DAS THEMA

Die Perspektiven nachhaltiger Entwicklung für Thüringen standen im Mittelpunkt einer Fachkonferenz, zu der am 3. Februar die Fraktionen der CDU, DIE LINKE, SPD und Bündnis 90/Die Grünen eingeladen hatten und zu der waren rund 130 Gäste in den Thüringer Landtag gekommen waren.

Einleitend äußerten sich Ministerpräsident Bodo Ramelow und Prof. Dr. Dr. Franz-Josef Radermacher (Global Marshall Plan Initiative). Ministerpräsident Ramelow hob die Bedeutung der Nachhaltigkeit hervor, um „die Entwicklung in Thüringen in die eigene Hand zu nehmen und zu lenken“. Radermacher betonte die sehr konkreten Unterstützungsmöglichkeiten durch das Land Thüringen. Danach nahmen die für Nachhaltigkeit zuständigen Vertreter der vier Fraktionen Stellung.

Stefan Gruner (CDU-Fraktion): „Das Prinzip der Nachhaltigkeit mit dem Ziel der Bewahrung der Schöpfung ist für uns Handlungsmaxime bei politischen Entscheidungen. Das bedeutet, dass eine nachhaltige Politik immer ökonomische, ökologische und soziale Aspekte miteinander in Einklang bringen sollte. Mit Blick auf Thüringen sehen wir besonders drei Bereiche, in denen wir einen wichtigen Beitrag für eine nachhaltige Entwicklung des Landes leisten können. Wir brauchen eine nachhaltige und generationengerechte Haushaltspolitik, die auf neue Schulden verzichtet und kontinuierlich auf Schuldenabbau setzt. Diese Entwicklung muss durch eine Schuldenbremse in der Landesverfassung unumkehrbar gemacht werden. Darüber hinaus brauchen wir eine nachhaltige Umwelt- und Energiepolitik, die neben der Frage der Erzeugung erneuerbarer Energien die Frage von Energieeinsparung und Energieeffizienz in den Mittelpunkt rückt. Wirtschafts-

Nachhaltige Entwicklung

Fachkonferenz zur Global Marshallplan Initiative

wachstum und Energieverbrauch müssen entkoppelt werden. Letztlich wollen wir das Weltaktionsprogramm ‚Bildung für nachhaltige Entwicklung‘ der Vereinten Nationen unterstützen. Thüringer Bildungspolitik muss erreichen, dass Nachhaltigkeit zum Thema in allen Bildungswegen und Bildungseinrichtungen wird.“

Tilo Kummer (LINKE-Fraktion): „Die Ausführungen von Professor Radermacher als Vertreter der Global Marshallplan Initiative haben deutlich gemacht, dass es auch uns hier in Thüringen betrifft, wenn irgendwo anders in der Welt die Weichen falsch gestellt werden. Klar wurde auch, dass unsere Art zu leben und zu wirtschaften enorme Auswirkungen auf die Lebensverhältnisse in weit entfernten Ländern hat. Wir sind jetzt als Mitglieder des Thüringer Landtags gefordert, den 2007 mit einem fraktionsübergreifen-

den Beschluss herbeigeführten Konsens, die Thüringer Politik mit den Zielen der Nachhaltigkeit in Einklang zu bringen, zu erneuern und, um einen Punkt herauszugreifen, die Weichen für eine klimaneutrale Landesverwaltung zu stellen. Ziele müssen verbindlich formuliert und in der Umsetzung kontrolliert werden.“

Dagmar Becker (SPD-Fraktion): „Es ist heute klar geworden, dass Thüringen sowohl in der Lage als auch in der Pflicht ist, seinen Beitrag für eine bessere Welt zu leisten. Dazu, dass wir künftig eben nicht massiv zu Lasten Anderer leben. Anderer, die heute die Erde mit uns teilen und vor allem Anderer, die künftig auf dieser Erde leben müssen. Parteiengezänk hilft uns dabei nicht. Wir erreichen nur etwas, wenn wir an einem Strang ziehen.“

Roberto Kobelt (Fraktion B90/DIE GRÜNEN): „Der grüne Traum von einer



CDU-Alibi-Energieeffizienzgesetz

„Das von der CDU-Fraktion am 28. Januar im Landtag vorgelegte Energieeffizienzgesetz sollte wohl zeigen, dass sie sich mit den Themen Energiewende und Klimaschutz befassen will. Deutlich wird aber, dass die Thüringer CDU nicht nur hinter den Zielen der Bundesregierung, sondern auch hinter den Vorhaben der rot-rot-grünen Koalition zurückbleibt“, sagte Steffen Harzer, energiepolitischer Sprecher der Linksfraktion.

Die CDU wolle bis 2050 den Energieverbrauch in Wohngebäuden bei ein Prozent Sanierung im Bestand zu 50 Prozent durch erneuerbare Energien sichern. Das würde bedeuten, vom jetzigen Sanierungsstand ausgehend, dass der Gebäudebestand in Thüringen erst 2100 als klimaneutral bezeichnet werden kann. Nach den Vorgaben der Bundesregierung solle jedoch der Primärenergiebedarf bis 2050 um 80 Prozent reduziert werden, die Gebäudesanierungsrate von ein auf

zwei Prozent erhöht werden und der Gebäudebestand dann nahezu klimaneutral sein. „Damit bleibt die Thüringer CDU sogar hinter den Zielen ihrer Kanzlerin zurück“, betonte der Abgeordnete und verwies auf den Koalitionsvertrag von Rot-Rot-Grün, wonach bis zum Jahr 2040 einhundert Prozent des Thüringer Energieverbrauchs bilanziell aus erneuerbaren Energien kommen soll.

„Würde sich der Landtag also der Gesetzesinitiative der CDU anschließen, wäre das mehr als ein Schritt zurück, wir brauchen aber energische Schritte nach vorn. Gerade auch nach der Klimakonferenz von Paris sind verstärkte Anstrengungen notwendig, um die dort gesteckten Ziele zu erreichen. Im Übrigen sei schon der Titel des Gesetzentwurfs eine maßlose Übertreibung, habe die CDU doch die anderen Bereiche des Energieverbrauches schlichtweg weggelassen oder einfach im Aktionismus vergessen.

nachhaltigen Welt mit Erhalt der Artenvielfalt, Energieversorgung aus Sonne und Wind sowie einer Landwirtschaft ohne Massentierhaltung und Gentechnik ist näher als gedacht. Im Freistaat setzen wir an vielen Stellen erste Zeichen für mehr Nachhaltigkeit, z.B. mit dem Ziel, unseren Eigenenergiebedarf bis 2040 zu einhundert Prozent aus erneuerbaren Energien zu decken, mit vorbildlichen ökologischen Energiestandards bei öffentlichen Gebäuden und Schulen, mit dem 1.000-Dächer-Solarprogramm, mit zehn Prozent Elektrofahrzeugen in der öffentlichen Verwaltung, mit viermal mehr Mitteln für Radwege als bisher, mit dem Green-Invest-Programm für die Wirtschaft und mit der Beendigung der öffentlichen Förderung von Massentierhaltungsanlagen. Zur Umsetzung brauchen wir aber auch das Engagement der Bürgerinnen und Bürger bzw. Verbraucherinnen und Verbraucher. Nur mit ihrer Unterstützung können Bürgerenergienetze, Agrarwende und die Etablierung alternativer Verkehrskonzepte tatsächlich gelingen.“

KURZ UND PRÄGNANT

Datenschutz beginnt mit Datensparsamkeit

„Datenschutz fängt mit Datensparsamkeit an“, so MdL Katharina König zum Europäischen Datenschutztag am 28. Januar. „Zahlreiche Datenlecks bei großen Unternehmen, wie auch staatlichen Institutionen sollten uns eine Warnung sein, dass das Anhäufen großer Mengen personenbezogener Daten ein Problem für unsere Sicherheit darstellt. Zu den Grundlagen eines guten Datenschutzes gehört es daher, nur diejenigen Daten zu sammeln und zu speichern, die unbedingt nötig sind. Unsinniges Erfassen großer, personenbezogener Datenmengen steht dem entgegen und ist ein Risiko für jeden. Auch die Politik muss sich wieder auf einen ordentlichen Datenschutz besinnen, der als ersten Grundsatz die Datensparsamkeit hat. In unzähligen Datenbanken werden inzwischen personenbezogene Daten gespeichert, die weit über das erforderliche Maß hinausgehen. Je mehr Daten zu einer Person vorhanden sind, umso durchsichtiger und manipulierbarer wird ihr Verhalten. Datenschutz bleibt daher ein wichtiger Bestandteil des digitalen Lebens.“

Unterirdisch bei Arbeitnehmerrechten

Das Kettenrestaurant „Subway“ eröffnet eine weitere Filiale in Thüringen (Jena). Dazu Rainer Kräuter, gewerkschaftspolitischer Sprecher der Linksfraktion: „Es ist eine Unverschämtheit, dass damit 28 Filialen des Schnellrestaurants in Thüringen zwischen 250 und 300 Mitarbeiter beschäftigen, ohne sich an einen Tarifvertrag zu koppeln! Die fadenscheinige Begründung des Gebietsleiters des Franchisegebers, die Unternehmer würden eigenständig handeln, kann den Mutterkonzern nicht von seinen sozialen Verpflichtungen als Arbeitgeber entbinden. Wer Lizenzgebühren von mehr als zehn Prozent des Netto-Umsatzes verlangt, muss sich auch darüber klarwerden, wer diese Umsätze generiert. Das sind die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Und dem muss ebenso klar sein, dass der Umsatz nicht das Ende der Rechnung ist. Hier handelt es sich um eine besonders krasse Form der Ausbeutung: Einerseits um Selbstausbeutung, andererseits um Ausbeutung der Angestellten. Daher rate ich den Betreibern, sich an den Arbeitgeberverband zu wenden und Mitglied zu werden – natürlich mit Tarifbindung. Den Angestellten rate ich dringend zu einer Mitgliedschaft in der zuständigen DGB-Gewerkschaft Nahrung, Genuss, Gaststätten (NGG).“